

**18**  
**75**

# Union in Deutschland

Bonn, den 1. Mai 1975

## Biedenkopf: Politische Wende mit Helmut Kohl

Die Erklärung, die Prof. Kurt H. Biedenkopf am Wochenende zur Kanzlerkandidatur von Helmut Kohl abgegeben hat, hat folgenden Wortlaut:

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands und die Christlich Soziale Union in Bayern werden, wie vereinbart, nach den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und im Saarland ihre Gespräche über die strategischen Entscheidungen zur langfristigen Vorbereitung der Bundestagswahlen 1976 aufnehmen. Hauptthemen werden die Bestimmung des Kanzlerkandidaten, die Klärung der wichtigsten politischen Sachfragen und ihre mögliche personelle Darstellung sein.

Zur Vorbereitung dieser Verhandlungen sind zahlreiche Gespräche innerhalb der CDU, mit den Landesverbänden und den Vereinigungen geführt worden. Auf der Grundlage des Ergebnisses dieser Gespräche und der damit verbundenen Meinungsbildung innerhalb der Partei wird der Generalsekretär der CDU dem Bundesvorstand der Partei empfehlen, den Vorsitzenden der CDU, Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Dr. Helmut Kohl, zum

(Fortsetzung auf Seite 2)

### ■ KONJUNKTUR

1975 wird kein Jahr des Aufschwungs sein. Diese Feststellung traf der Vorsitzende der CDU, Helmut Kohl, zum Gutachten der fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute in der Bundesrepublik.

Seite 4

### ■ TERROR

Nach den schrecklichen Ereignissen in Stockholm muß es nach Ansicht der CDU vor allem darum gehen, die wahren Ursachen zu suchen und notwendige Konsequenzen zu ziehen.

Seiten 5/6

### ■ SPD

Mit dem infamen Versuch, die CDU zum Staatsfeind zu machen, ziehen die Sozialdemokraten in die Landtagswahlkämpfe.

Seite 7

### ■ GEWERKSCHAFT

Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Kuhlmann, wird beschuldigt, einem der Anarchie Verdächtigen wichtige Materialien über Deutschlands Sicherheitsorgane an die Hand gegeben zu haben.

Seite 8

### ■ URTEIL

Die Zugehörigkeit zu einer extremistischen Partei begründet Zweifel daran, daß ein Bewerber für den öffentlichen Dienst geeignet ist. So das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts.

Seiten 11/12/13

## ■ INFORMATIONEN

### **Demokratische Reifeprüfung bestanden**

Der Präsident der Union der Europäischen Demokraten, Bundestagsvizepräsident Kai-Uwe von Hassel, erklärte zu dem Wahlausgang in Portugal, das portugiesische Volk habe die erste demokratische Reifeprüfung nach 50 Jahren glänzend überstanden. Die demokratischen Parteien hätten einen überwältigenden Sieg errungen; extreme Kräfte, vor allem die Kommunisten, hätten empfindliche Niederlagen hinnehmen müssen. Das den Christlichen Demokraten nahestehende Demokratisch-Soziale Zentrum habe sich „gut geschlagen“, betonte von Hassel, auch wenn es von Terror bedroht gewesen sei. Die portugiesische Christlich Demokratische Partei sei von der Wahl ausgeschlossen

(Fortsetzung von Seite 1)

Kanzlerkandidaten der CDU Deutschlands zu nominieren.

Die Christlich Demokratische Union hat in einer Serie eindrucksvoller Wahlsiege die Überzeugungskraft ihrer Politik, die Stärke ihrer Organisation und die Geschlossenheit ihrer politischen Führung demonstriert. Sie ist zuversichtlich, auch die bevorstehenden Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und im Saarland für sich entscheiden zu können. Als freie Alternative zur Koalition von SPD und FDP wird sie unter der Führung Helmut Kohls entscheidend dazu beitragen, 1976 die politische Wende in der Bundesrepublik Deutschland herbeizuführen.

worden. Für beide Parteien müsse die demokratische Freiheit auch künftig garantiert werden. Portugal sei durch seine ersten freien Wahlen näher an Europa herangerückt. Die Union der Europäischen Christlichen Demokraten wolle diese Entwicklung mit allen Kräften fördern.

### **Schlappe für IG Metall bei Betriebsratswahl**

Mit einer schweren Schlappe für die offizielle IG-Metall-Politik endeten die Betriebsratswahlen in den Kölner Großbetrieben Ford und Klöckner-Humboldt-Deutz (KHD). Gewinner war in beiden Betrieben die innergewerkschaftliche Opposition, die nicht mit dem Kurs der bisherigen Betriebsratsführung und der Kölner IGM-Verwaltungsstelle einverstanden ist. Von den 41 Betriebsratsmandaten bei Ford konnte die offizielle IGM-Liste nur 17 erringen. Im alten, wegen höherer Belegschaftszahlen noch 48 Mitglieder starken Betriebsrat hatte die IGM 39 Mandate gehalten.

### **Rechtsschutz für Verbraucher**

Der Verbraucher soll sich nach den Vorstellungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion künftig durch Verbraucherorganisationen gerichtlich vertreten lassen können. Diese Möglichkeit der Verbandsklage sieht ein Gesetzentwurf der CDU/CSU-Bundestagsfraktion über die Allgemeinen Geschäftsbedingungen („Kleingedrucktes“) vor, den das Parlament in die Ausschüsse überwiesen hat.

### **Für stärkere Förderung Bonns**

Für eine stärkere Förderung der Stadt Bonn durch Bund und Land sowie eine bessere Koordinierung der Ausbauplanung setzt sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein. Bei der Vorstellung ei-

nes Grundsatzprogramms zum Ausbau der Bundeshauptstadt erklärte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende von Weizsäcker, Deutschlands Hauptstadt bleibe Berlin.

## Westmächte betonen Rechte in Ost-Berlin

In einer Note an UNO-Generalsekretär Waldheim betonen die drei Westmächte erneut ihre Rechte auch in Ost-Berlin. „Weder ein einseitiger Schritt der Sowjetunion unter Verletzung des Viermächteabkommens... noch die Tatsache, daß sich der Sitz der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gegenwärtig im Ostsektor der Stadt befindet, können die Rechte und Verantwortung der vier Mächte im Ostsektor Berlins berühren.“ Die Westmächte verwarfen sich dagegen, daß das UNO-Jahrbuch den Eindruck erweckt, Ost-Berlin sei „die Hauptstadt oder Teil des Territoriums“ der DDR.

## SPD/FDP verzögert Hilfe für Leistungssport

In der Sitzung des Sportausschusses des Deutschen Bundestages am 23. April 1975 haben SPD und FDP mit ihrer Geschäftsordnungsmehrheit erneut die Behandlung des Antrags der CDU/CSU-Fraktion auf Herausgabe einer jährlichen Sportbriefmarke mit Zuschlagelös zugunsten des Sports unter wesentlicher Beteiligung der Stiftung Deutsche Sporthilfe verhindert. Eine endgültige Beschlußfassung des Bundestages ist damit durch die Koalition um weitere Wochen hinausgeschoben worden. SPD und FDP setzen ihre Verzögerungspolitik fort, die eine rechtzeitige Lösung der dringenden Probleme im Leistungssport verhindert.

## STICHWORTE

### Um 5,9 Prozent

*gegenüber dem Vorjahresmonat ist der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im März gestiegen.*

### Mindestens 16 Millionen

*kostet der Stuttgarter Baader-Meinhof-Prozeß bei voraussichtlich anderthalb Jahren Prozeßdauer.*

### Offiziell anerkennen

*will die Volksrepublik China die Europäische Gemeinschaft und einen Botschafter nach Brüssel schicken.*

### Zu ihrem Vorsitzenden

*hat die Christlich-Demokratische Fraktion der Parlamentarischen Versammlung des Europarates erneut den Berliner CDU-Bundestagsabgeordneten Franz Amrehn gewählt.*

### Zum Spottpreis

*von 1,54 DM je Kilo bekommen die Sowjets 30 000 Tonnen Rindfleisch aus der EG geliefert. Von den 90 Millionen DM Gesamtverlust muß der deutsche Steuerzahler 30 Millionen aufbringen.*

### Von einer Tendenzwende

*auf dem Arbeitsmarkt ist nach Ansicht des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg, Stingl, noch nichts zu merken. Auch im April ging die Arbeitslosigkeit lediglich saisonbedingt zurück.*

### Eingestellt

*hat die Staatsanwaltschaft Koblenz das Verfahren gegen den CDU-Bundestagsabgeordneten Heinrich Gewandt wegen des Verdachts auf Bestechung.*

## ■ KONJUNKTUR

### **Wirtschaftsprognose: 1975 wird kein Jahr des Aufschwungs sein**

**Die CDU hofft, daß die verhältnismäßig optimistische Einschätzung der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland tatsächlich eintreten wird. Unser Land braucht wieder wirtschaftliche Sicherheit, stabile Preise und eine Rückkehr zur Vollbeschäftigung. Dies erklärte der Vorsitzende der CDU, Dr. Helmut Kohl, zum Gutachten der wirtschaftswissenschaftlichen Institute.**

Das Gutachten der fünf Konjunkturforschungsinstitute aber macht deutlich, daß 1975 kein Jahr des Aufschwungs sein wird. Die Wissenschaftler sagen eine Arbeitslosenquote von 4 Prozent im Jahresdurchschnitt voraus. Das heißt, nach Annahme der Konjunkturforschungsinstitute, daß die Arbeitslosigkeit — saisonbereinigt betrachtet — ihre Spitze noch nicht erreicht hat.

1975 wird nun schon das zweite Jahr hintereinander mit einem faktischen Nullwachstum sein. Seit dem Amtsantritt von Bundeskanzler Schmidt sanken die industrielle Produktion und die Beschäftigung — saisonbereinigt betrachtet — von Monat zu Monat. Der Bundeskanzler ist somit zur Symbolfigur für den längsten und tiefsten Abschwung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland geworden.

Wenn die SPD den Wählern einen Mann des Aufschwungs präsentieren will, dann muß sie zuerst den Abschwung-

Kanzler Schmidt aus dem Verkehr ziehen. Mit dem jetzt betriebenen Etikettenschwindel auf den Wahlplakaten verlieren die Sozialdemokraten nur den letzten Rest an Glaubwürdigkeit.

Als finanzpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion stellt Franz Josef Strauß zu dem Gutachten fest:

Die Diagnose zeigt, wie schwer es auch unabhängige Forschungsinstitute haben, ihre wirkliche Meinung während eines laufenden Wahlkampfes bekanntzugeben. Als die Institute im letzten Herbst für den Winter 1974/75, vor den Landtagswahlen in Hessen und Bayern, 1 Million Arbeitslose „in der Saisonspitze“, den Höhepunkt der Winterarbeitslosigkeit voraussagten, mußten sie von den Regierungsparteien massive Vorwürfe einstecken. Der Bundeswirtschaftsminister sprach von einer „fragwürdigen“ Prognose, der Bundeskanzler redete von „Schwarzmalerei“. Er versprach noch am 23. 10. 1974, er werde es nicht zu 1 Million Arbeitslosen kommen lassen. Es kam indessen noch schlimmer, als von den Instituten damals erwartet wurde.

Jetzt, vor den wichtigen Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und im Saarland, bringen die Institute ein Zahlenmaterial zur Frage der Arbeitslosigkeit des Wachstums der Wirtschaft, der Verschuldung des Staates usw., das im einzelnen richtig ist. Dieses Zahlenmaterial als solches gibt der Opposition darin recht, daß der Aufschwung nicht zu dem von der Regierung neuerdings versprochenen Zeitpunkt eintreten wird. Dieser Aufschwung kommt, wenn überhaupt, erst viel später; denn ein wirtschaftliches Wachstum um 0 bis 1 % im Gesamtjahr 1975 bedeutet, daß die vom Bundeskanzler ausgegebene Parole „Der Aufschwung kommt im Frühsommer“, ein leeres Wahlversprechen ist.

## ■ INNERE SICHERHEIT

# Nach dem Stockholmer Anschlag: Ursachen und Konsequenzen

**In den kritischen Stunden des Stockholmer Terror-Anschlages wurde deutlich, daß unser freiheitlicher Rechtsstaat und seine politische Führung, ob nun Regierung oder Opposition, in ganz kurzer Zeit reaktionsfähig sind. Es hat sich gezeigt, daß unsere Ordnung keine Sonnenschein-Demokratie ist, wie Kritiker meinten, sondern eine kraftvolle demokratische Institution, die fähig ist, zu reagieren: Helmut Kohl:**

**E**in Hauptfehler ist, daß man glaubt, diese Frage des politischen Terrorismus sei mit Polizeikräften möglich zu bekämpfen. Wir brauchen eine starke einsatzbereite Ordnungsmacht des Staates. Dazu gehören die notwendigen Planstellen. Dazu gehört eine entsprechende Ausbildung und Qualifikation. Aber das nützt allein überhaupt nichts, wenn die Polizeibeamten, die Richter, die Staatsanwälte, die jetzt in diesen Vorgängen zu tun haben, nicht das sichere Gefühl haben, daß jeder Bürger dieses Staates diese Beamten in ihrer Pflichterfüllung voll in seiner Solidarität mitträgt und unterstützt.

Dazu gehört außerdem, daß wir den Sumpf austrocknen, ich sage es ganz hart, aus dem die Blüten der Baader-Meinhof-Bande emporgestiegen sind, und daß wir nicht zulassen, daß an deutschen hohen Schulen, an Universitäten, in bestimmten akademischen Zirkeln,

Diskussionen laufen, daß Gewalt, wenn schon nicht gegen Personen, dann aber gegen Sachen möglich sei, daß hier Gedanken gepflegt werden und zunächst sorgsam akademisch entwickelt werden, die dann umschlagen. Wer erst diskutiert und für möglich hält, daß man Warenhäuser in Brand steckt, der darf sich nicht wundern, wenn die nächste Stufe der Eskalation dann der Mord an Polizeibeamten ist und der pure Terror, der pure Haß umgeht.

Zu den Konsequenzen, die aus dem wiederholten Anschlag endlich gezogen werden müssen, führte Karl Carstens am 25. April im Deutschen Bundestag u. a. folgendes aus:

Wir müssen uns entschließen diesen unseren Rechtsstaat mit allen rechtsstaatlich zulässigen Mitteln zu verteidigen und alle rechtsstaatlich zulässigen Mittel einzusetzen, um die Verbrecherorganisation zu zerschlagen. Dazu gehört vor allem eine Überprüfung des Vollzugs der Untersuchungshaft und der Strafhaft.

Wir sind darüber unterrichtet worden, daß die Häftlinge in ständiger Verbindung miteinander stehen. Nur so ist es zu verstehen, daß sie alle gleichzeitig den Hungerstreik abbrachen und daß sie kurze Zeit darauf alle gleichzeitig ein sogenanntes Fitness-Training begannen, um sich wieder voll in den Besitz ihrer körperlichen Leistungsfähigkeit zu setzen. Wir können jetzt erken-

nen, daß sie das taten, weil sie von dem Attentat auf die Stockholmer Botschaft vorher wußten, und weil sie damit rechneten, daß sie gestern oder heute befreit würden.

## Kontakte zwischen Häftlingen müssen unterbunden werden

Es geht nicht an, daß, wie ein Sachverständiger es vor einiger Zeit gesagt hat, der sicherste Ort, um in der Bundesrepublik Deutschland eine Terrororganisation zu leiten, eine Gefängniszelle ist. Weil demjenigen, der in einer Gefängniszelle sitzt, nichts mehr passieren kann, er sitzt dort ja in der Tat in vollkommener Sicherheit. Andererseits ist es ihm möglich, aus der Gefängniszelle heraus, seine Organisation weiter zu lenken. Dies muß, und zwar sofort, ein Ende nehmen.

Hierzu fordert die CDU/CSU zum wiederholten Male, daß mit sofortiger Wirkung ein Gesetz verabschiedet wird, welches die Überwachung des Verkehrs der Häftlinge mit ihren Anwälten ermöglicht.

Zweitens muß der Strafvollzug und der Vollzug der Untersuchungshaft so gestaltet werden, daß die Kontakte zwischen den Häftlingen unterbunden werden. Dies ist eine notwendige Abwehrmaßnahme, die ein freiheitlicher Rechtsstaat gegenüber solchen Verbrecherbanden treffen muß, wenn er an der Abschaffung der Todesstrafe festhält. Wer in diesem Zusammenhang von Isolationsfolter spricht, tritt in Wahrheit für die ungehinderte Kommunikation von Verbrechern untereinander ein, die sich die Beseitigung unserer freiheitlichen Ordnung zum Ziel gesetzt haben.

Und drittens muß der Kreis der Sympathisanten ohne Rücksicht auf die Person

der Beteiligten schärfer überwacht und schärfer, notfalls strafrechtlich, erfaßt werden.

Wer in dieser Lage und angesichts der erneuten Serie von Verbrechen den Angehörigen der Banden weiterhin offene Sympathie entgegenbringt, wer ihnen Hilfe, Unterschlupf oder andere Unterstützung gewährt, macht sich mitschuldig an den gefährlichsten Verbrechen, die zur Zeit in unserem Lande begangen werden. Hier kann nur eine scharfe, un-zweideutige klare Trennung zwischen den Mitgliedern dieser Bande und der gesamten übrigen Bevölkerung schließlich erreichen, daß diese Art von verbrecherischer Terrortätigkeit ein Ende findet.

## Staat — freie Einrichtung der Bürger füreinander

Zur Frage der Rangordnung von Menschenleben und Staatsraison sagte Dr. Richard von Weizsäcker:

„Wir haben gelegentlich bei diesen Terrorakten gehört, es ginge darum, Menschenleben, d. h., Geiseln zu schützen, und die Staatsraison rangiere hier erst an zweiter Stelle. Ich habe die Formel nie verstanden. Was heißt denn Staatsraison? Der Staat ist dafür da, um menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Der Staat, das ist die freie Einrichtung der verantwortlichen Bürger füreinander. Und wenn wir uns für die Organe des Staates einsetzen, dann setzen wir uns für menschenwürdiges Leben ein. Und in diesem Sinne handeln Gerichte und handeln Polizeibeamte und Regierungen. Und deswegen bedürfen sie der vollen Dispositionsbefugnis für härteste Maßnahmen gerade im Interesse des Menschenlebens und seines würdigen Ablaufs.“

# Die infame Strategie der SPD

**Die ernste Sorge der Union zum Thema „Innere Sicherheit“ ist für die SPD nach wie vor Panikmache. So grotesk dieser Vorwurf gegen die CDU/CSU gerade nach den jüngsten Ereignissen in Stockholm auch ist, die SPD bleibt bemüht, das Thema „Innere Sicherheit“ zum Kampf gegen die Union zu nutzen. Die Regie liefert die führende theoretische Zeitschrift der SPD „Die Neue Gesellschaft“ (Ausgabe 3. März 1975), die u. a. von Willy Brandt und Heinz Oskar Vetter herausgegeben wird und für die als Chefredakteur Herbert Wehner verantwortlich zeichnet.**

**D**ie Notwendigkeit, die „Innere Sicherheit“ im Sinne der SPD in den Wahlkampf zu tragen, wird in einem Artikel in dieser Zeitschrift (Seite 191/193) mit folgender Formel erklärt:

*„In die gesamte Angst und Panikkampagne von CDU/CSU und ihr nahestehenden Meinungsmachern reiht sich das Standardthema ‚Innere Sicherheit‘ nahtlos ein. In den anstehenden Landtagswahlkämpfen wird es deshalb für Sozialdemokraten nötiger denn je sein, dazu klare, unmißverständliche, aber auch unverkrampfte Aussagen zu machen.“*

*„Die heuchlerische Genugtuung, mit der die Rechtsparteien NPD, CDU und CSU Verbrechen aufgreifen und in ihren Wahlkampftiraden umzusetzen versuchen, ist Beweis für eine faschistoide Grundtendenz, die in diesen Parteien vorhanden ist bzw. schlummert...“*

Wie hat der wahlkämpfende Sozialdemokrat vorzugehen, wenn es um die Behandlung der kriminellen Vereinigung

Baader-Meinhof geht, die selbstverständlich für „Die Neue Gesellschaft“ keine Bande, sondern eine Gruppe ist?

*„Wer die Baader-Meinhof-Gruppe als einfach kriminell abstempelt, hat den Zusammenhang zwischen Kriminalität und ihren Ursachen nicht verstanden oder will sie nicht verstehen.“*

Wem in der SPD das Verständnis in dieser Frage abgeht, dem wird natürlich sofort auf die rechten Sprünge geholfen:

*„Wer wie die Baader-Meinhof-Gruppe dennoch die Situation in der Bundesrepublik mit derjenigen unter faschistischen Regimen verwechselt... der arbeitet denjenigen in die Hände, die politische Irrgänger wie Baader und Meinhof brauchen, um Demokratie und Rechtsstaat unter demokratischen und rechtsstaatlichem Deckmantel abzubauen.“*

Hier wird das Ziel der SPD-Epistel deutlich: Baader und Meinhof sind „politische Irrgänger“, deren sich die „faschistoiden Kräfte“ bemächtigen, um die Demokratie zu beseitigen. Das Mementekel der Machtergreifung wird in den Wahlkampf getragen. Und wer faschistoid ist, das hat „Die Neue Gesellschaft“ an anderer Stelle bereits gesagt: CDU und CSU, die in das historische Bild von 1933 gepreßt werden müssen. Und wen wundert es dann noch, wenn sich das SPD-Organ schließlich zu folgender Behauptung versteigt:

*„Eine weitere, vielleicht größere Gefahr für die innere demokratische Ordnung als die Terroristen stellt die Alibifunktion dar, die solche Handlungen für christdemokratische Biedermänner bei ihren Versuchen, die demokratischen Grundfreiheiten auszuhöhlen, haben.“*

## Union fordert volle Aufklärung im Fall Kuhlmann

**Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion will in einer Sondersitzung des Innenausschusses klären lassen, ob die Vorwürfe, daß sowohl der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Kuhlmann, sein Stellvertreter, A. Gintzel (beide SPD-Landtagskandidaten in NRW), und verschiedene Stellen des Bundes einem der Mittäterschaft bei kriminellen Anschlägen der Baader-Meinhof-Bande Verdächtigen leichtfertig Informationsmaterial über die deutschen Sicherheitsorgane zur Verfügung gestellt haben.**

Im Interesse der Demokratie muß die Bundesregierung nach den Worten des Vorsitzenden des innen- und rechtspolitischen Arbeitskreises der CDU, Friedrich Vogel, „umfassend und vollständig über die Vorgänge berichten“.

Borvin Wulf (36), noch 1974 führender Funktionär der SPD in Norderstedt (bei Hamburg), wurde am 21. Januar 1975 in Hamburg festgenommen, sitzt seitdem in Untersuchungshaft und wird beschuldigt, an dem Sprengstoffattentat auf den Hamburger Justizsenator Klug und dem Brandanschlag auf einen Hamburger Gefängnisarzt beteiligt gewesen zu sein. In seiner Wohnung fand man Waffen und eine Fälscherwerkstatt. Zur Zeit ruht die Mitgliedschaft Wulfs in der SPD.

Doch während seiner aktiven Funktionärstätigkeit für die SPD hatte Wulf bereits Vorstrafen für folgende Delikte auf seinem Konto: Diebstahl, Betrug, Unterschlagung, Urkundenfälschung, fortgesetzter Diebstahl.

In einer internen Studie des Bundeskriminalamtes (BKA), aus der u. a. „Die Welt“ Auszüge veröffentlichte und von der es zwei Fassungen geben soll, wird Kuhlmann und Dr. Gintzel vorgeworfen, dem von der Polizei als hochgefährlich eingestuften Borvin Wulf „eine Fülle von Schriftenmaterial“ überlassen zu haben, „das geradezu ideal für die Zwecke der Anarchisten (Baader-Meinhof) ist, sich auf den Gegner Polizei, Bundesgrenzschutz und Verfassungsschutz einzustellen“.

Wulf hatte unter der Bezeichnung „Der Vorstand der SPD Norderstedt“ eine Reihe von prominenten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens angeschrieben und so zahlreiche Unterlagen, Dokumentationen, Gesetzesentwürfe sowie Ausbildungsunterlagen der Polizei erhalten.

Weiter heißt es in dem Bericht des Bundeskriminalamtes:

*„Ebenso verfuhr er mit dem bekannten Polizeifachbuchautor Dr. Gintzel. In seinem Anschreiben an Dr. Gintzel kritisierte er die ‚militanten Tendenzen‘ in der deutschen Polizei und ihre ‚verfehlte Stoßrichtung gegen den sogenannten inneren Feind‘. Dr. Gintzel schickte ihm — wie angefordert — die gesamten Ausbildungs- und Lehrpläne für den gehobenen und höheren Polizeivollzugsdienst der Polizeiakademie in Hilstrup. Auch Schreiben an den Bundesminister Matthöfer und andere Bundespolitiker der SPD lassen erkennen, das Wulf an eine Reihe Schriftmaterial herangekommen ist, das nicht jedermann zugänglich war. Die Sorglosigkeit, mit der ihm diese Dokumente, Gesetzesentwürfe (unter anderem Referentenentwurf für den Ausschluß der Strafverteidiger) und Ausbildungsunterlagen der Polizei zur Verfügung gestellt wurde, ist beispelloos.“*

## ■ KOALITION

### Schöfberger über Strauß: „Erinnert mich an Hitler“

Der Vorsitzende der Münchener SPD, Schöfberger, hat den CSU-Vorsitzenden Strauß mit Hitler verglichen. Unter starkem Beifall der Delegierten sagte Schöfberger in einem Unterbezirksparteitag: „Mich erinnert dieser Herr, der sich christlich nennt — das sage ich ganz bewußt und mit Überlegung — nur noch an Adolf Hitler von 1924.“ Zu diesen Äußerungen erklärte die CSU-Landesleitung, es sei „gespenstisch“, daß am Abend der Tragödie von Stockholm der Chef der Münchener SPD von „reaktionären Angstmachern“ reden und den CSU-Vorsitzenden Strauß mit Hitler vergleichen könne.

### Landrat verläßt SPD

Seinen Austritt aus der SPD hat der Landrat des Landkreises Recklinghausen, Franz Becker, erklärt. Zur Begründung erklärte er, nach dreißigjähriger Mitgliedschaft in der SPD könne er sich nicht mehr mit einer SPD solidarisieren, „in der unbekümmert um die historische Entwicklung eine Gruppe nachgewachsener Jungrevoluzzer mit ständig wachsendem Erfolg eine längst überwunden geglaubte klassenkämpferische Ideologisierung im Sinne des dialektischen Materialismus propagieren darf“. Becker, der seinerzeit zu den freiheitlichen Berliner Sozialdemokraten gehörte, die Widerstand gegen die von den Sowjets unterstützten Bestrebungen zur Vereinigung von SPD und KPD zur SED leisteten, erklärte weiter, die im Grundgesetz garantierte Freiheit zur persönlichen Gewissensentscheidung

„wird heute in der SPD mehr und mehr beeinträchtigt zugunsten eines Kadavergehorsams gegenüber Funktionsgruppen und Fraktionen... Unter Mißachtung jeglichen menschlichen Takts ver-teufeln viele SPD-Funktionäre in diesem Wahlkampf Andersdenkende. Die Sachauseinandersetzung um die besseren Argumente wird abgelöst durch eine klassenkämpferische Haßpropaganda, die vom Freund-Feind-Denken vergiftet ist...“

### Eine lautlose Entwicklung

Zu einer radikalen Veränderung der Gesellschaft wird nach Meinung der CDU-Opposition zwangsläufig die Schulpolitik der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen führen. Mit den neuen Lehrinhalten sei „lautlos eine Entwicklung eingeleitet worden, die eine gegenseitige Entfremdung von Eltern und Kindern zur Folge haben wird“, erklärte der schulpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion in einem Vorwort zu einer Dokumentation über genehmigte Schulbücher in NRW.

### Mißbrauch der Bundeswehr zu politischer Propaganda

„Die Bundeswehr ist nicht die Armee der SPD, nicht der CDU und auch nicht der FDP, sondern die Bundeswehr ist die Armee dieses Staates.“ Mit diesen Worten wies der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Manfred Wörner, Versuche der Bundesregierung zurück, die Bundeswehr in den Dienst der Parteipropaganda zu stellen. Auf dem Dienstweg war in hoher Auflagenzahl eine von der Bundesregierung herausgegebene Broschüre mit dem Titel „Unser Staat“ in die Truppe gelangt, in der politische und historische Tatbestände im Sinne

sozialistischer Propaganda verfälscht dargestellt werden. Wörner erklärte hierzu, es handele sich dabei um weit mehr als parteipolitische Propaganda vor Landtagswahlen, sondern um einen Mißbrauch des Vertrauens des Soldaten in die Loyalität seiner Führung.

## Sachlichkeit bei der SPD nicht gefragt

Wer den kommenden Monaten nicht mit einer rosaroten Brille entgegenseht und nicht in der Lage ist, dort „Pferde beim Saufen“ zu sehen, wo eigentlich gar keine sind, den trifft der Bannstrahl des Wirtschaftssprechers der SPD-Fraktion, Herbert Ehrenberg. Weil die Experten des Bundeswirtschaftsministeriums die wirtschaftlichen Zukunftsaussichten nicht so zu sehen bereit sind, wie die SPD es empfahl, traf sie prompt die Ehrenbergsche Kritik. Im „Volkswirtschaftlichen Pressedienst“ seiner Partei schrieb er unter Hinweis auf die neuesten Daten vom Arbeitsmarkt wörtlich: „Die genannten Zahlen in dieser alleinmöglichen Weise nicht interpretieren zu können, bleibt den Technokraten des Bundeswirtschaftsministeriums vorbehalten, die freilich noch nie durch besondere prognostische Fähigkeiten zu glänzen verstanden.“

## „Ihr habt keine Ahnung . . .“

„Ihr befindet Euch — wie so oft — mit den kommunistischen Aggressoren und Heuchlern in bester geistig-politischer Gemeinschaft“, heißt es in einem von dem stellvertretenden Bundesbevollmächtigten in Berlin, Hermann Kreuzer (SPD), unterzeichneten Brief des Berliner „Kurt-Schumacher-Kreises“ an den Juso-Bundesvorstand, in dem der Angriff der Jungsozialisten auf Verteidigungsminister Leber (SPD) wegen dessen Äußerungen zu Vietnam scharf ver-

urteilt wird. „Die Grundlinien, die Ziele und Methoden der kommunistischen Aggressionspolitik haben sich bis heute nicht geändert. Aber davon, wie überhaupt von dem, was eine totalitäre Diktatur ist, habt Ihr, eingefangen in Eurer marxistische Ideologie, keine Ahnung“, heißt es weiter in dem Brief.

## SPD und DKP gemeinsam

SPD und DKP gemeinsam wollen in Hessen den „30. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg“ feiern. Den gemeinsamen Aufruf hatten zehn Hanauer SPD-Mitglieder zusammen mit dem DKP-Präsidiumsmitglied Kurt Bachmann, dem DKP-Vorsitzenden in Hessen, Sepp Mayer, und dem DFU-Direktoriumsmitglied, Arno Behrisch, unterzeichnet. Die Hanauer SPD hat auf einem Parteitag diese Aktion mit Zweidrittel-Mehrheit gebilligt.

## Jochen Steffen läßt die SPD-Katze aus dem Sack

Jochen Steffen, der im schleswig-holsteinischen Landtagswahlkampf kaum in Erscheinung trat, hat seine Zurückhaltung aufgegeben. Hier einige Zitate aus seiner Wattenscheider Rede:

„Wenn wir die Mehrheit im Bundesrat bekommen, dann werden wir für direkten Staatseingriff bei den Banken und im Gesundheitswesen sorgen. Dann wird die Investitionsfreiheit dort beschränkt, wo Boden, Wasser und Luft vergiftet werden.“

„Warum geht es den Banken jetzt so gut? Du bezahlst deren Gewinne. Wir müssen ihnen vorschreiben, was anständige Zinsen sind. Die Ärzte haben 16 000 DM Monatseinkommen, Geld, das wir ihnen bezahlen. Dann kann man wohl auch verlangen, daß man anständig bedient wird.“

## ■ BUNDESVERWALTUNGSGERICHT

# Verfassungstreue - Voraussetzung für den öffentlichen Dienst

**Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts im „Fall Lenhart“ bestätigt in vollem Umfang die übereinstimmende Haltung der CDU/CSU-regierten Länder und der Bundestagsfraktion der CDU/CSU: Die Zugehörigkeit zu einer extremistischen Partei begründet Zweifel daran, daß ein Bewerber für den öffentlichen Dienst geeignet ist. Es ist Sache des Bewerbers, solche Zweifel auszuräumen. Die Forderung nach Gewähr der Verfassungstreue von Beamten verletzt kein Grundrecht; sie verletzt auch nicht das sogenannte Parteienprivileg.**

**W**er sich in Zukunft noch als Mitglied einer demokratischen Partei mit den Agitatoren gegen angeblich verfassungswidrige „Berufsverbote“ solidarisiert, bereitet in Wahrheit den Feinden unserer freiheitlichen Grundordnung den Boden, erklärte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Karl Carstens.

Es ist nun Sache der Bundesregierung, endlich von ihrem verfehlten Gesetzentwurf abzurücken, den eindeutigen Urteilsspruch des Bundesverwaltungsgerichts zu akzeptieren und die Rechtsauffassung, die CDU/CSU von jeher vertreten haben, zu übernehmen.

Welche Tatbestände lagen dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (Az.: BVerwG II C 68.73) zugrunde und wie lauten die wichtigsten Urteilsgründe?

Die Klägerin, Frau Lenhart, legte am 11. Februar 1972 ihre 1. Lehrerprüfung ab. Sie beantragte, in das Beamtenverhältnis auf Probe als Lehrerin im Volksschuldienst des Landes Rheinland-Pfalz eingestellt zu werden. Dies wurde vom Kultusminister des Landes am 26. Juli 1972 abgelehnt mit der Begründung, die Bewerberin biete nicht die Gewähr dafür, ihr „Amt als Volkserzieher im Sinne der Grundsätze der Verfassung auszuüben“.

Frau Lenhart war während ihrer Studententzeit Mitglied des marxistischen Studentenbundes „Spartakus“. Seit April 1971 ist sie Mitglied der DKP und kandidierte für diese im Bundestagswahlkampf 1972. Frau Lenhart klagte gegen die Entscheidung des Kultusministeriums. Diese Klage wurde durch das Urteil vom 29. August 1973 durch das Obergerverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz abgewiesen. Gegen dieses Urteil legte Frau Lenhart Berufung beim Bundesverwaltungsgericht ein.

Frau Lenhart ist seit dem 1. Mai 1972 mit einem Lehrauftrag im hessischen Schuldienst an einer Grundschule beschäftigt.

Aus den Gründen des Urteils:

Zu der zwischen CDU/CSU und SPD/FDP umstrittenen Frage, ob die Mitgliedschaft in einer verfassungsfeindlichen, nicht verbotenen Partei in der Regel Zweifel rechtfertigt, daß ein Bewerber nicht jederzeit für die freiheit-

lich-demokratische Grundordnung eintrete, führte das Bundesverwaltungsgericht in den Gründen zu seinem Urteil aus:

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts erstreckt sich das in erster Linie die Parteiorganisation schützende Parteienprivileg allerdings auch auf die mit allgemein erlaubten Mitteln arbeitende parteioffizielle Tätigkeit der Funktionäre und Anhänger der Partei; und vor dem Verbot . . . darf niemand die Verfassungswidrigkeit einer politischen Partei rechtlich geltend machen.

### **Verfassungstreue notwendig**

In der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist nicht gesagt, daß jedes Parteimitglied oder jeder Funktionär bis zum Parteiverbot als verfassungstreue behandelt werden muß . . .

Die Ablehnung eines Bewerbers für ein öffentliches Amt mit der Begründung, daß er über die für das Amt erforderlichen gesundheitlichen Voraussetzungen nicht verfüge oder daß seine intellektuellen Fähigkeiten nicht dem zu besetzenden Amt entsprächen, kann keinesfalls als Vorwurf, sich nicht rechtmäßig verhalten zu haben, oder als persönliches Unwerturteil verstanden werden.

Genausowenig wird ein solcher Vorwurf demjenigen gemacht, der wegen seiner politischen Haltung nicht das geforderte persönliche Eignungsmerkmal erfüllt, die Gewähr zu bieten dafür, daß er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung eintreten wird. Das Bekenntnis zu den Zielen einer (nicht verbotenen) politischen Partei, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unvereinbar sind, und erst recht der aktive Einsatz für dieses

Ziel machen den Beamtenbewerber — ebenso wie körperliche Behinderungen oder intellektuelle Unfähigkeit — lediglich untauglich für den Beamtendienst; denn der Beamtendienst muß aus den schon dargelegten Gründen notwendigerweise die Gewähr für Verfassungstreue als ein persönliches Eignungsmerkmal des Bewerbers für ein öffentliches Amt fordern . . .

Die (mittelbare) Rückwirkung einer solchen Entscheidung auf eine politische Partei, deren Mitglieder sich mit den erklärten Parteizielen identifizieren und deshalb für die Ausübung hoheitsrechtlicher Funktionen nicht geeignet sind, ist nur ein Reflex, nicht ein Eingriff in das Parteienprivileg. Denn der Bestand oder das politische Wirken einer politischen Partei werden dadurch in rechtlicher Weise nicht betroffen; niemand ist gehindert, sich zu einer nicht verbotenen politischen Partei zu bekennen und sich für ihre Ziele tätig einzusetzen. Nur kann dieses Bekenntnis oder dieser Einsatz dann unter Umständen — und das betrifft eine ganz andere, aus Art. 33 GG zu beantwortende Frage — ein Indiz für das Fehlen der von den Beamten geforderten Eignung sein.

Hielte man dies nicht für richtig, so würde das Parteienprivileg überdehnt. Es würde zu einem Anspruch der politischen Parteien darauf führen, ihre Angehörigen in die zur Verfassungstreue verpflichtete Beamtenschaft auch dann zu entsenden, wenn sie sich zu politischen Zielen der Partei bekennen, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht vereinbar sind, und sich sogar aktiv für diese Ziele einsetzen. So weit kann das Parteienprivileg nach dem erkennbaren Willen des Grundgesetzgebers nicht gehen.

Zudem ist . . . der an das Bundesverfassungsgericht zu richtende Antrag auf

Verbot einer politischen Partei durch das Grundgesetz als Opportunitätsentscheidung zugelassen worden. Der die Berücksichtigung von Gründen der Opportunität zulassende Grundgesetzgeber kann sich aber nicht zugleich dafür entschieden haben, aus Gründen einer Vermeidung der soeben erwähnten,

für die Parteien — wegen der Abschreckung potentieller Mitglieder — jedenfalls in tatsächlicher Hinsicht nachteiligen Reflexwirkung die Unterwanderung der Beamtenschaft durch Personen zuzulassen, die nicht die Gewähr für Verfassungstreue in dem dargestellten Sinne bieten.

## Toleranz hat nur ein in sich gefestigter Staat

Eine solche Ausdehnung des Parteienprivilegs würde aus noch darzulegenden Gründen eine so erhebliche Gefahr für die Bewahrung der absoluten Grundwerte der Verfassung in sich bergen, daß der Grundgesetzgeber sie nicht übersehen haben kann und die Ausdehnung mißbilligt haben muß, zumal es ihm — auf dem Hintergrund des gerade überwundenen totalitären Systems des Nationalsozialismus — offensichtlich darum ging, die absoluten Grundwerte der Verfassung wirksam zu sichern. Deshalb ist davon auszugehen, daß der Grundgesetzgeber den politischen Parteien in dem hier vorliegenden besonderen Zusammenhang den erwähnten tatsächlichen Nachteil zugemutet hat. Auch das Parteienprivileg wäre mit den Intentionen des Grundgesetzes nicht vereinbar, wenn nicht verbürgt wäre, daß die zuständigen Behörden der verfassungstreuen Exekutive ihr Erkenntnismaterial über Tätigkeit und Ziel einer politischen Partei im Bewußtsein ihrer Verpflichtung gegenüber der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sammeln und entsprechend behandeln. Tolerieren kann nur ein in seinen Grundwerten in sich gefestigter Staat; daher bestimmt sich die Stärke des Staates der Bundesrepublik Deutschland in diesem Falle an der Verfassungstreue seiner Beamtenschaft. Zu Art. 33 Abs. 1 GG — der bestimmt,

daß jeder Deutsche in jedem Lande die gleichen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten hat — hat die Revision vorgebracht, es sei gerichtsbekannt, daß der Toleranzgrundsatz in mehreren anderen Bundesländern, z. B. in Niedersachsen, uneingeschränkt angewendet werde, deshalb könne die Klägerin verlangen, im beklagten Lande ebenso gestellt zu werden, wie sie im Lande Niedersachsen gestellt sein würde. Ohne daß es der Erörterung des Sinngehalts des Art. 33 Abs. 1 GG bedarf sowie des Eingehens darauf, ob diese Vorschrift überhaupt einschlägig ist, ergibt sich schon aus folgendem, daß dieses Revisionsvorbringen nicht durchgreifen kann: Die von der Revision geltend gemachten Unterschiede beruhen auf der allgemeinen Rechtsunsicherheit, die bei der Anwendung der schon erörterten Vorschriften auf Sachverhalte der vorliegenden Art Platz gegriffen hat.

U. a. ist es Zweck auch des vorliegenden Verfahrens, insoweit eine Klärung der Rechtslage herbeizuführen. Allein schon deshalb verbiete es sich, die in anderen Bundesländern praktizierte — möglicherweise unrichtige — großzügige Handhabung des Toleranzgrundsatzes zur Richtschnur bei der Entscheidung des vorliegenden Rechtsstreits zu machen, zumal Gleichbehandlung im Unrecht grundsätzlich nicht gefordert werden kann.

## ■ MITGLIEDERWERBUNG

# Mitgliederzuwachs hält an

**Das erste Halbjahr 1975 zeigt schon jetzt eine besonders positive Entwicklung in der Mitgliederwerbung der CDU. Einer der Gründe dafür dürften die Wahlen dieses Frühjahrs sein. Gerade in dieser Zeit des Wahlkampfes hat sich die CDU breiten Kreisen der Bevölkerung als die politische Kraft vorgestellt, der man Vertrauen schenken darf. Und das Entscheidende ist: die CDU wird in der Öffentlichkeit als die alleinige Alternative zur SPD/FDP-Koalition empfunden.**

**D**iese erfreuliche Tatsache spiegelt sich in den wachsenden Mitgliederzahlen wider. Kein Wunder also, daß das politische Klima auch die CDU, Verbände aller Ebenen bei ihren Anstrengungen um die Gewinnung neuer Mitglieder beflügelt.

Die Ergebnisse rechtfertigen die Mühen vieler aktiver Freunde. Hier die Zahlen, sie sprechen für sich:

Oktober 1974	4 964
November 1974	5 697
Dezember 1974	7 667
Januar 1975	7 795
Februar 1975	8 251
März 1975	10 178

Auffallend ist die große Zunahme der Mitglieder im Bereich der Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe. In sechs Monaten steigerte sich die Mitgliederzahl allein in Westfalen-Lippe um 16 390, im gesamten Bundesland NRW um 27 521. Als Vergleich: Der Mitglie-

derzuwachs der CDU in der Bundesrepublik im Jahre 1970 betrug 23 707. Wie kaum eine andere Tatsache beweisen diese Zahlen, wie sehr die CDU als Mitgliederpartei und Volkspartei von breiten Kreisen der Bevölkerung getragen wird.

Die gegenwärtige Entwicklung wird voraussichtlich im gleichen Tempo bis zu den Sommerferien anhalten. Noch in diesem Jahr wird das 600 000. CDU-Mitglied erwartet. Das Jahr 1976, das Jahr der Bundestagswahl wird möglicherweise die bisherige Tendenz noch beschleunigen. Grund genug also, mit Hilfe der neuen Mitglieder, die zur CDU gekommen sind, unsere Anstrengungen zu erhöhen.

## Nachrichten aus der Mitgliederwerbung der CDU-Verbände

Der **CDU-Landesverband Westfalen-Lippe** konnte mit der „Aktion 100 000“ bereits 2 Monate früher als geplant zum Ziel kommen. Die Kreisverbände haben nach einem gemeinsamen Konzept der Landespartei gearbeitet. Durch sinnvolle Kooperation zwischen Landesverband und Kreis- bzw. Ortsverbänden konnten optimale Ergebnisse erzielt werden.

Der **CDU-Kreisverband Rhein-Sieg-Kreis** hat allein im Jahre 1974 seine Mitgliederzahl um 1 879 gesteigert. Er erwartet in diesem Jahr das 8 000. Mitglied.

Der **CDU-Ortsverband Dortmund-Mengede** hat eine Mitgliederwerbaktion gestartet. Zielgruppe: Frauen. Initiatorin: Frau Thea Weichert, Hausfrau. Ergebnis: Nach 120 Gesprächen mit Bürgern, 82 neue Mitglieder. Darunter 50 Frauen.

Bei der **CDU-Niedersachsen** läuft die Aktion „Niedersachsen 80 000“ auf Hochtouren. 54 Frauen und Männer, Beauftragte der CDU-Kreis- und Ortsverbände, wurden als Aktionsleiter ausgebildet.

Durch gezielte Mitgliederwerbaktionen stieg die Mitgliederzahl im Bereich **Landau-Bad Bergzabern** in nur 4 Monaten um 350. Der Nachbar zieht jetzt nach: Der **Kreisverband Germersheim** startet noch vor der Sommerpause eine Aktion.

Kürzlich hat der **Kreisverband Düren** eine Mitgliederwerbaktion abgeschlossen.

sen. Das Ergebnis: 225 neue Mitglieder. Der **Kreisverband Neuss** schloß seine Aktion mit 172 Neuaufnahmen.

Wir bitten die CDU-Kreis- und Ortsverbände uns über ihre Mitgliederwerbung Nachricht zu geben. Wir möchten sie auswerten und veröffentlichen.

In allen Fragen der Mitgliederwerbung beraten und unterstützen wir unsere Verbände.

Wenden Sie sich bitte an die  
 CDU-Bundesgeschäftsstelle  
 Abt. Öffentlichkeitsarbeit  
 Referat Mitgliederwerbung  
**53 Bonn**  
 Konrad-Adenauer-Haus  
 Telefon 54 44 58

Wir stellen Ihnen Werbematerial zur Verfügung, geben Ihnen Argumentationshilfen, führen Schulungen durch und sorgen für einen regen Erfahrungsaustausch.

## ■ TERMINE

- 9. 5. *LV Rheinland-Pfalz, Landesvorstand, Mainz*
- 9. 5. *LV Rheinland-Pfalz, Landespartei-ausschuß, Mainz*
- 9. 5. *LV Westfalen-Lippe, Landesvorstand, Dortmund*
- 9. 5. **CDU — Bund, Frauenvereinigung, Vorstand, Bonn**
- 10. 5. **JU — Bund, Deutschlandrat**
- 10. 5. **CDU — Bund, Frauenvereinigung, Hauptausschußsitzung, Bonn**
- 12. 5. **CDU — Bund, Bundesvorstand, Bonn**
- 15. 5. *LV Hessen, Kreisgeschäftsführer-konferenz*
- 15. 5. *LV Hessen, Landesvorstand, Wiesbaden*
- 16. 5. **CDU — Bund, Präsidium CDU und CSU, Bonn**
- 16. 5. *LV Berlin, Landesvorstand*
- 16. 5. *LV Berlin, Landesausschuß*
- 23. 5. **Union der Vertriebenen und Flüchtlinge — Bund, Vorstand, Bonn**
- 23. 5. **CDU — Bund, BFA „Wirtschafts-politik“**
- 23./24. 5. **Union der Vertriebenen und Flüchtlinge — Bund, Bundesver-sammlung, Bonn**
- 23./24. 5. *LV Berlin, 56. Landesparteitag*
- 23./25. 5. *Exil — CDU, Deutschlandpolitische Regionaltagung, Paderborn*
- 24. 5. *CDU Niedersachsen, Sozialaus-schüsse, Landestagung, Osnabrück*
- 24. 5. *LV Westfalen-Lippe, Frauenver-einigung, Landesdelegierten-tagung*
- 26. 5. **CDU — Bund, Präsidium, Bonn**
- 26. 5. **CDU — Bund, Bundesvorstand, Bonn**
- 26. 5. *LV Baden-Württemberg, Präsidium und Landesvorstand, Stuttgart*
- 26. 5. *BV Nordwürttemberg, Bezirksvorstand*
- 29./30. 5. **KPV — Bund, Bundestagung „Sicherheit in den Großstädten“**
- 30./31. 5. *LV Westfalen-Lippe, Landes-parteitag, Dortmund*

## ■ ZITAT

### Gedämpfte Aussichten

*Haben die fünf renommierten wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute der Bundesrepublik den Konjunkturverlauf für die kommenden acht Monate richtig beurteilt, dann hat sich die Geschäftsgrundlage für den in Regierungskreisen bislang geübten Konjunkturoptimismus grundlegend verändert.*

*Mit rund 900 000 Erwerbslosen wird man 1975 im Jahresdurchschnitt rechnen müssen, anstelle der noch im Januar erhofften 675 000. Das reale Wirtschaftswachstum, damals für 1975 noch mit zwei Prozent angenommen, dürfte jetzt bei null Prozent, bestenfalls bei einem Prozent liegen.*

*Die Investitionen in Sachanlagen, die die Bundesregierung Anfang Februar noch mit einer Zuwachsrate zwischen vier und sechs Prozent hatten wachsen sehen, dürften nach der jüngsten Prognose der Forschungsinstitute um ganze zwei Prozent zunehmen. Lediglich bei den Preisen des privaten Verbrauchs wird man mit einer Preissteigerungsrate von 5,5 Prozent im Jahresdurchschnitt vielleicht um ein halbes Prozent besser wegkommen, als es die Bundesregierung angenommen hatte.*

*Was bedeutet dies alles? Für die Bevölkerung zunächst einmal die Tat-*

### Anschrift:

*sache, daß es mit der Arbeitslosigkeit bei weitem nicht so schnell vorübergehen wird, wie es jene jetzt weismachen wollen, die in diesen Tagen die Stimmabgabe für eine bestimmte Partei im Landtagswahlkampf als eine Entscheidung zwischen Wirtschaftsaufschwung und Wirtschaftsflaute verkaufen. Weniger Wirtschaftswachstum bedeutet vor allem aber auch weniger Steuereinnahmen für den Staat.*

*Noch im März war man bei der Neuschätzung der Steuereinnahmen für 1975 von einem Nominalwachstum des Bruttosozialproduktes von 8,5 Prozent ausgegangen. Nun schätzen die Konjunkturforscher die Zuwachsrate lediglich noch auf sieben bis acht Prozent, was allein für den Bund mit einem neuerlichen Einnahmeausfall von 1,5 Milliarden DM verbunden wäre.*

*Was also tun angesichts solcher Aussichten? Die Neuverschuldung noch weiter ausweiten oder gar zu Steuererhöhungen greifen? Die Wirtschaftsforschungsinstitute hatten diese Problematik bewußt nicht vertiefen wollen, weil das Reden über Steuererhöhungen dem erhofften Aufschwung nicht dienlich sei.*

**Kölnische Rundschau, 29. April 1975**

**Union in Deutschland** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 53 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH., 53 Bonn, Argelanderstraße 175, Telefon 22 00 40. **Verlagsleitung:** Peter Mühlenbach, Gerhard Braun, **Bankverbindung:** Commerzbank Bonn Nr. 1124 932, Postscheckkonto Köln 193 795. Abonnementspreis vierteljährlich 9,— DM. Einzelpreis 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

# UfD